

Arbeitskreis II
Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Umwelt und Energie
verantwortlich: AG Eurokrise
14. Juni 2011

Wege aus der Krise

1. Ausgangslage

Die Eurokrise ist nicht nur eine Krise der Staatsfinanzen einzelner Mitgliedsländer, sondern auch eine Krise der Währungsunion und des gesamten europäischen Integrationsprojekts. Nach einer jahrzehntelangen Geschichte der Zusammenarbeit wird nun sogar ein Zerfall der EU befürchtet. Die Hetze in einigen Medien gegen die „faulen Südländer“ lenkt von den Verursachern und Profiteuren der Krise ab und ebnet einer Enteignung der Bevölkerungsmehrheit in Europa durch Sparpakete und Sozialabbau den Weg. Dies geht einher mit immer stärkeren nationalistischen Tönen in vielen Mitgliedstaaten. Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien erzielen mit antieuropäischen und ausländerfeindlichen Parolen hohe Wahlerfolge. Die politisch wie ökonomisch völlig unsinnige Forderung, Griechenland möge gefälligst aus der Eurozone austreten, stellt den vorläufigen traurigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar.

Die EU hat dazu beigetragen, die Grundlagen für die Krise zu legen, und hat sie seit ihrem Ausbruch – im Konzert mit IWF und EZB – deutlich verschärft. Aufgabe der LINKEN ist, der berechtigten Wut und Ohnmacht gegenüber der neoliberalen und auf Entsolidarisierung setzenden Politik der EU eine Stimme zu geben und sie auf die Verursacher und Profiteure der Krise zu lenken. Die Wut zu unterschätzen, hieße Europa zu beerdigen. Nationalismus und Desintegration sind jedoch keine Lösung: wir brauchen nicht weniger europäische Integration, sondern eine andere. Wir wollen eine EU, die sich nicht weiter zum Spielball der Finanzmärkte macht, sondern der Globalisierung eine demokratische und politische Antwort entgegensetzt. Eine EU, die nicht von den Interessen der Konzerne und der Finanzlobby bestimmt wird, sondern von den Interessen der breiten Bevölkerung. Eine EU, die auf Solidarität und nicht auf Konkurrenz und Ausgrenzung setzt. Eine EU mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie sozialen und ökologischen Mindeststandards. Die Entscheidung lautet: entweder wird Europa sozial sein oder es wird scheitern. Deshalb brauchen wir einen Neustart für ein demokratisches, soziales und friedliches Europa!

1.1 Ursachen der Krise: Die falsche Politik der Vergangenheit

Die Krise der Euro-Zone ist kein Zufall. Sie wurde auch nicht von der globalen Finanzkrise oder von mangelnder Haushaltsdisziplin einzelner Euro-Länder verursacht. Die Ursachen liegen in der falschen Konstruktion der Europäischen Währungsunion (EWU).

Die Staatenkonkurrenz ist eines der zentralen Leitmotive der EU. Diese Philosophie wurde bei der Gründung der Währungsunion einfach übernommen. Statt sich über wesentliche Eckpunkte eines gemeinsamen Währungsraums wie Lohnentwicklungen, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verständigen, führt der vertraglich festgehaltene Wettbewerbsdruck zu einem Unterbietungswettlauf. Das gilt für Besteuerung gleichermaßen wie für Lohnkosten und Sozialstandards. So etwas kann aber in einem gemeinsamen Währungsraum auf Dauer nicht funktionieren.

Ein Mindestmaß an Koordination scheiterte besonders auf Druck Deutschlands. Die deutschen Bundesregierungen verfolgen spätestens seit Mitte der 1990er Jahre eine repressive Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Dabei hat sich Rot-Grün mit der Agenda 2010, mit Hartz IV und dem Ausbau des Niedriglohnsektors besonders aggressiv verhalten. Die Folge war, dass hierzulande seit Beginn der EWU die Reallöhne im Gegensatz zu allen anderen Euro-Ländern gesunken sind. Aus Sicht einer EU als Projekt der Staatenkonkurrenz ist dies ein Wettbewerbsvorteil für Deutschland. Tatsächlich aber ist der enorme deutsche Exportüberschuss ein Nachteil für alle, außer für die deutschen Exportunternehmen, Banken und deren Aktionäre. Die deutschen ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und Erwerbslosen mussten den Gürtel immer enger schnallen. Unsere europäischen Partnerländer verloren Marktanteile und Arbeitsplätze. Sie mussten sich immer mehr im Ausland verschulden, um ihre Importüberschüsse zu finanzieren. Diese Auslandverschuldung erfolgte vornehmlich über den Privatsektor. Ausländische Banken, Unternehmen und Privathaushalte (z.B. als Häuslebauer) verschuldeten sich immer mehr gegenüber deutschen Gläubigern. In den letzten fünf Jahren hat Deutschland knapp 600 Milliarden Euro an Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber den anderen EU-Ländern erzielt. Der deutsche Exportboom und die wachsenden Schuldenberge in Griechenland, Portugal und anderen EU-Staaten sind zwei Seiten derselben Medaille.

Die Europäische Währungsunion hat zu einer ökonomischen Desintegration in Europa beigetragen, und sie wäre, auch ohne die globale Finanzkrise, früher oder später in eine Krise geraten. Die Finanzkrise hat diesen Prozess der europäischen Desintegration „nur“ massiv beschleunigt, weil die Krise die Haushaltssituation fast aller Euro-Länder erheblich verschlechtert hat. In manchen Ländern – allen voran in Deutschland und Irland – hat die schlechte Bankenregulierung und -aufsicht dazu geführt, dass die Banken auf Kosten der SteuerzahlerInnen gerettet wurden. Die Gesamtverschuldung in der EU stieg seit 2008 von 7,8 auf über 10 Billionen Euro, die Schuldenstandsquote der EU ist von unter 60 Prozent (2007) auf über 80 Prozent hochgeschneit. Länder wie z.B. Griechenland hatten zwar keine vergleichbare Bankenkrise wie Deutschland. Sie waren aber schon vor der Krise finanziell unter Druck und wurden durch die Wirtschaftskrise zusätzlich geschwächt. Dieselben Banken und Anleger, die gerade noch von dem Steuerzahler gerettet worden waren, fingen daraufhin an, am Finanzmarkt auf den Bankrott einzelner Euro-Staaten Wetten abzuschließen und die Zinsen z.B. für griechische und portugiesische Staatsanleihen maßlos in die Höhe zu treiben. Seitdem wird offen über eine Staatsschuldenkrise diskutiert, die tiefer liegenden Verwerfungen werden jedoch zumeist ausgeblendet.

Natürlich hat nicht nur Deutschland Fehler gemacht. Es ist z.B. nicht akzeptabel, dass Griechenland zwischenzeitlich falsche Daten zur Haushaltslage an die EU-Kommission gemeldet hat. Auch die rücksichtslose Steuerpolitik Irlands mit seinen minimalen Unternehmenssteuern ist inakzeptabel. Sie hat – im Wechselspiel mit den Senkungen der deutschen Unternehmenssteuern – ein europaweites Steuerdumping gefördert, was die öffentlichen Haushalte in ganz Europa schon lange vor der Krise ausgeblutet hat. Aber während Griechenland und Irland dafür nun die volle Härte erbarmungsloser Finanzmärkte und neoliberaler Struktur Anpassungsprogramme von IWF und EU-Kommission zu spüren bekommen, wird Deutschland für seine aggressive Export- und Lohndumpingpolitik nicht im Mindesten zur Rechenschaft gezogen.

Stattdessen maßt sich die Bundesregierung nun an, ganz Europa mit der Übertragung „deutscher Erfolgsrezepte“, wie z.B. der Schuldenbremse, der Flexibilisierung der Löhne oder der Rente mit 67 zu kolonisieren.

1.2 Das Krisenmanagement der Bundesregierung ist gescheitert

1.2.1. Sparprogramme verschlimmern Schuldenkrise

Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte am 5. Mai 2010 im Deutschen Bundestag:

„Die Vereinbarung sieht einschneidende Maßnahmen vor. (..) Sie soll die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands erhöhen, damit das Land seine Verschuldung aus eigener Kraft abbauen kann. Nur so lässt sich das Vertrauen der Kapitalmärkte wiedergewinnen. (..) Ohne Deutschland wäre es zu einer Einbeziehung des IWF nicht gekommen. (..) Auch das Programm Griechenlands mit den notwendigen Eigenanstrengungen hätten wir niemals erreicht, wenn Deutschland zu einem frühen Zeitpunkt, wie von fast allen gefordert, finanziellen Hilfen ohne ausreichende Entscheidungsgrundlage zugestimmt hätte.“

Griechenland war das erste Land, das vor einem Jahr Finanzhilfe beantragen musste. Daher lässt sich am griechischen Beispiel bereits zeigen: Die Rettungsringe sind aus Blei, sie ziehen die betroffenen Länder noch tiefer in die Krise. Begründet wurde der Antrag mit den stark gestiegenen Renditen für griechische Staatsanleihen auf den Kapitalmärkten – für 10jährige Papiere waren die Zinsen auf über acht Prozent angestiegen. Die „Hilfskredite“ wurden an das hoch verschuldete Griechenland nicht so billig wie möglich vergeben, sondern mit einem deutlichen Zinsaufschlag. Diese unsolidarischen Zinskonditionen belasten den griechischen Staatshaushalt unnötig in Milliardenhöhe und untergraben die Bemühungen zur Beendigung der Schuldenkrise.

Am schlimmsten wirkten sich aber die mit den „Hilfskrediten“ verknüpften Kürzungsprogramme für Griechenland aus. Insbesondere die Bundesregierung hatte auf die Durchsetzung harter Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gedrängt. Die Sparmaßnahmen enthalten starke Erhöhungen der Verbrauchssteuern, Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst, Rentenkürzungen und Kürzungen öffentlicher Investitionen. Das Volumen ist gigantisch. Es entspricht mit 30 Milliarden Euro etwa 13 Prozent des griechischen Bruttoinlandsprodukts. Auf deutsche Verhältnisse übertragen wären das 300 Milliarden Euro, was dem kompletten Umfang des Bundeshaushaltes entspräche.

Getroffen wurden mit den Sparmaßnahmen die gesamte griechische Bevölkerung, besonders stark aber die einkommensschwächeren Schichten. Damit litt die Massenkaufkraft und Griechenland wurde in eine tiefe Rezession gedrückt. Die Wirtschaft schrumpfte 2010 um real 4,5 Prozent und wird nach Schätzungen des IWF in diesem Jahr um weitere 3 Prozent abnehmen. Die Arbeitslosenrate stieg innerhalb eines Jahres von 11 auf über 15 Prozent und 65.000 Unternehmen gingen in diesem Zeitraum Pleite.

Durch die gesunkene Wirtschaftsleistung sind die Steuereinnahmen deutlich unter den Erwartungen geblieben, die Schulden weiter gestiegen und die Schuldenquote wird dieses Jahr ungebremst ein neues Rekordniveau von über 150 Prozent erreichen. Das Zinsniveau 10jähriger griechischer Staatsanleihen liegt heute nicht bei acht Prozent – wie bei Beantragung der Hilfskredite vor einem Jahr –, sondern bei über zwölf Prozent. Der von der Bundesregierung favorisierte Konsolidierungsplan ist gescheitert. Griechenland wird sich nicht wie geplant ab 2012 wieder überwiegend selber am Kapitalmarkt finanzieren können.

Um die notwendig gewordenen neuen Hilfskredite zu erhalten, hat der sozialdemokratische Ministerpräsident Papandreou vor kurzem verkündet, dass von 2012 bis 2015 weitere 23 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Es ist kein Grund erkennbar, warum die weitere Verschärfung einer gescheiterten Politik plötzlich zum Erfolg führen sollte. Nur eine andere Politik kann zu einer Lösung der Schuldenkrise in den betroffenen Ländern führen.

Portugal droht das griechische Schicksal. Das Land erhält „Hilfskredite“ in der Höhe von 78 Milliarden Euro. Im Gegenzug verpflichtet sich Portugal auf ein 23-Milliarden-Euro-Kürzungsprogramm. Das ist im

Verhältnis zum BIP genauso hoch wie bei Griechenland.

1.2.2. Privates Kapital profitiert vom erzwungenen Verkauf des Tafelsilbers

Als weitere Gegenleistung zu den „Hilfen“ werden die betroffenen Länder gezwungen, massiv Staatseigentum zu verkaufen. Weil die Kürzungsprogramme gescheitert sind, wird diesbezüglich der Druck auf Griechenland momentan stark erhöht. Innerhalb von drei Jahren muss das Land durch Privatisierungen 50 Milliarden Euro einnehmen. Verkauft werden sollen zum Beispiel Häfen, Flughäfen und Unternehmen – insbesondere aus dem Energiebereich und der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Verkauf von Eigentum unter Zeitdruck wird die Preise drücken. So wird den privaten Kapitalbesitzern und Konzernen ermöglicht, sich Schlüsselbereiche der griechischen Wirtschaft zu Spottpreisen unter den Nagel zu reißen. Arbeitsplatzabbau und anschließende Preisaufschläge auf durch Oligopole geprägte Märkte versprechen hohe Profite. Die griechischen Gewerkschaften wehren sich völlig zu Recht gegen die Privatisierungen.

1.2.3. Rettungsschirm ist Airbag für die Finanzbranche

Von der Griechenland-Hilfe zum permanenten Rettungsschirm:

Nach den Griechenland-Hilfen über 110 Milliarden Euro wurde ein Rettungsmechanismus der EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds über 750 Milliarden Euro installiert. Er sollte die Kapitalmärkte beruhigen. Das ist nicht gelungen. Inzwischen hat nach Irland auch Portugal Finanzhilfen beantragt. Die Euro-Krise wird zur Dauerkrise. Ab 2013 ist deshalb ein permanenter Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM) vorgesehen. Der IWF trägt weitere 250 Milliarden Euro. Um ein Kreditvolumen von 500 Milliarden effektiv herausgeben zu können, müssen die EU-Mitgliedsstaaten in einer sogenannten Übersicherung einen Gesamtbetrag von 620 Milliarden Euro gewährleisten. Weitere 80 Milliarden Euro müssen außerdem als Grundkapital in mehreren Raten direkt eingezahlt werden. Damit soll die Bestnote „AAA“ der privaten Ratingagenturen garantiert werden, um eine günstige Refinanzierung auf den Kapitalmärkten zu gewährleisten. Der deutsche Anteil beträgt 21,7 Milliarden Euro beim Grundkapital und 168,3 Milliarden Euro bei den Garantien. Trotz der niedrigen Refinanzierungskosten sollen die Kredite weiterhin mit einem Zinsaufschlag an die Krisenstaaten ausgereicht werden.

Die Rettungspakete für Griechenland, Irland und Portugal sind zugleich auch Rettungspakete für Banken und Versicherer. Davon profitieren deutsche Banken in erheblichem Umfang. Sie sind mit gut 100 Milliarden Euro nach britischen Instituten der zweitwichtigste Gläubiger Irlands. Von den Forderungen gegen griechische Schuldner lagen nach Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Ende September 2010 rund 170 Milliarden Dollar bei ausländischen Banken. Davon entfällt ungefähr ein Viertel auf die deutschen Banken, was nach Frankreich den zweitgrößten Anteil im internationalen Vergleich ausmacht.

Bei vielen Gläubigern der Altschulden ist davon auszugehen, dass sie z.B. Griechenland- oder Portugal-Anleihen nicht aus spekulativen Motiven gekauft haben. Manche der derzeitigen Gläubiger sind aber erst in der Krise eingestiegen und haben daher auf Spekulationsgewinne gewettet. In der Summe hat die deutsche Finanzbranche laut der BIZ sogar noch im letzten Jahr ihr Engagement in Staatsanleihen von Griechenland, Spanien, Portugal und Irland ausgeweitet – also zu einem Zeitpunkt als diese Anlagen schon eindeutig als hoch riskant einzuordnen waren. Finanziert haben alle Banken – egal ob aus Deutschland oder anderen Ländern der Eurozone – diese Kreditvergabe durch billiges Geld der EZB, denn sie konnten diese Anleihen weiterhin als Sicherheit für neues Zentralbankgeld hinterlegen.

Das Hinauszögern einer tragfähigen Lösung für die Eurokrise bedeutet, dass ein ständig zunehmendes Volumen hochriskanter und stark ausfallbedrohter Anleihen beim Staat und bei der Europäischen Zentralbank landen. Die Bevölkerung wird so dazu gezwungen, anstelle der Banken und anderer Gläubiger die Haftung zu übernehmen.

Von deutschen Instituten werden im Verhältnis zum Eigenkapital zu hohe Risiken eingegangen. Nur so können Eigenkapitalrenditen von 20 bis 25 Prozent, wie von der Deutschen Bank, als Ziel genannt werden. Deshalb bezeichnet Simon Johnson, früherer Chefökonom des Währungsfonds, den Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann zu Recht als "einen der gefährlichsten Bankmanager der Welt". Aufgrund der hohen Risiken in den Bilanzen steigt die Gefahr, dass Banken in eine existenzgefährdende Situation geraten – jedenfalls wenn ihnen vom Staat dann nicht geholfen wird. So entsteht Erpressungspotential. Weil viele Banken aufgrund möglicher Dominoeffekte als systemrelevant gelten, müssen sie weiterhin durch Rettungsschirme vor Abschreibungen geschützt werden. Die Nötigung des Steuerzahlers durch die Finanzbranche muss beendet werden.

2. Alternativen der LINKEN

2.1. Schluss mit den Kürzungsprogrammen – Investitionsprogramm für die Krisenstaaten

Die sogenannten Anpassungsprogramme, zu denen sich die Hilfe suchenden Staaten im Gegenzug für die Kreditgewährung verpflichten müssen, treiben sie in Verarmung und Rezession. Die betroffenen Mitgliedstaaten werden gezwungen, eine brutale Kürzungspolitik durchzusetzen: Sozialabbau, Privatisierungen, Einschnitte im öffentlichen Dienst, Angriffe auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen und die sozialen Grundrechte. Die Programme beschwören somit eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe in Europa herauf. DIE LINKE steht an der Seite der Streikenden in Griechenland und Portugal: Schluss mit den Kürzungsprogrammen!

Die Beschäftigten in den EU-Staaten dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Statt angeblichen „Rettungspaketen“ für überschuldete Staaten fordern wir eine deutliche Aufstockung der Hilfen für strukturschwache Regionen. Als Sofortmaßnahme zur Krisenbewältigung setzen wir uns für ein EU-weites Investitionsprogramm in Höhe von 2% des BIP der EU-Mitgliedstaaten ein, das insbesondere Hilfen zur Stärkung der Wirtschaft in den Krisenstaaten beinhaltet.

2.2. Die Finanzierung des Gemeinwesens auf neue Grundlage stellen

Die globale Finanzkrise sollte jedem vor Augen geführt haben, dass die Finanzmärkte oft massiven Fehleinschätzungen erliegen und mit ihren Launen genau das Gegenteil von Zuverlässigkeit und Planungssicherheit bieten. Es ist daher notwendig, die Staatsfinanzen von den Diktaten und Launen der Finanzmärkte abzuschirmen. Dazu müssen die Staaten neue Finanzierungsinstrumente erhalten. Zudem muss ein Verfahren für den Umgang mit staatlicher Überschuldung vereinbart werden.

2.2.1 Europäische Bank für öffentliche Anleihen

Als Instrument einer kostengünstigen und finanzmarktunabhängigen Staatsfinanzierung müssen die Staaten der Euro-Zone eine „Europäische Bank für öffentliche Anleihen“ (EuBöA)¹ gründen. Diese tritt, wie die Geschäftsbanken, gegenüber der EZB als direkter Geschäftspartner auf, indem sie dort gegen Hinterlegung von Staatsanleihen frisches EZB-Geld bekommt. Sie reicht das günstig verzinste EZB-Geld direkt, d.h. unter Umgehung des Geschäftsbankensektors, an die öffentliche Hand weiter. Die öffentliche Hand erhält damit die Möglichkeit der Geldaufnahme zu den gleichen Konditionen wie die Geschäftsbanken. Die Europäische Bank für öffentliche Anleihen ist ein wichtiger Schritt, um die Staatsfinanzen von den Kapitalmärkten zu befreien. Sie ermöglicht, Forderungsverzichte von privaten Gläubigern und Banken gegenüber überschuldeten Staaten durchzusetzen, ohne dass der Kapitalmarkt anschließend die betroffenen Länder durch einen Kreditstreik abstrafen kann. Die Spekulation mit Staatstiteln wird zugleich wirksam eingeschränkt. Eine solche Bank ist konform mit EU-Recht, daher bedarf es keiner langwierigen Vertragsänderung. Inflationsgefahren sind bei dieser Lösung nicht gegeben, denn es liegt weiterhin im Ermessungsspielraum der EZB, bei Bedarf auch eine restriktivere Geldpolitik (Zinserhöhungen, quantitative und qualitative Beschränkungen etc.) einzuschlagen.

2.2.2. Euroanleihen

Parallel zur Schaffung der Europäischen Bank für öffentliche Anleihen (EuBöA) sollen sich die Staaten der Euro-Zone in Zukunft solidarisch der Willkür der Kapitalmärkte entgegenstellen, indem sie gemeinsam verantwortete Euro-Anleihen auflegen. Durch diese „Euro-Bonds“ helfen sich die Euro-Staaten gegenseitig mit ihrer Bonität aus und verhindern spekulative Angriffe der Finanzmärkte gegen einzelne Euro-Staaten. In der Summe nützt das allen Euro-Ländern, weil es die Wahrscheinlichkeit und die Kosten einer Krise reduziert und den Euro als Währungsverbund stärkt. Gemeinsame Euro-Bonds erfordern natürlich ein System der makroökonomischen Koordination und Überwachung in der Euro-Zone, damit die Vorzüge von Euro-Bonds nicht von einzelnen Staaten unbotmäßig ausgenutzt werden.

2.2.3. Transparentes Entschuldungsverfahren für überschuldete Staaten

Euro-Bonds und die EuBöA werden eine deutliche Entschärfung der Verschuldungsprobleme der Euro-Staaten mit sich bringen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass auch die verbleibende Schuldenlast in Einzelfällen die ökonomische Leistungsfähigkeit eines Staates überschreitet. Für diesen Fall braucht es ein geordnetes Insolvenzverfahren für überschuldete Staaten, um deren Schuldenlast zu senken. Da ein solches Verfahren von den Gläubigern Forderungsverzichte verlangt, dürfte es nach der Entschuldung nur zu erheblichen Mehrkosten möglich sein, sich am privaten Kapitalmarkt zu refinanzieren. Das gilt für das entschuldete Land, aber in einer Währungsunion natürlich auch für benachbarte bzw. ähnlich situierte Länder. Eine erfolgreiche Entschuldung setzt daher voraus, dass Euro-Bonds und die EuBöA während und nach der Entschuldung für eine marktunabhängige(re) Staatsfinanzierung zur Verfügung stehen. Andernfalls können die Zinsaufschläge, welche die Euro-Länder nach einer Entschuldung für neue Staatsanleihen an den Kapitalmärkten zahlen müssten, insgesamt höhere Kosten verursachen, als die Entschuldung eines einzelnen Landes an Entlastung gebracht hat.

¹ Jegliche Ähnlichkeit mit realen griechischen Inseln wäre rein zufällig und gänzlich unbeabsichtigt.

Die Maxime im Umgang mit Staatschulden muss sein, die Durchsetzung der sozialen Rechte der Bevölkerung zu gewährleisten. DIE LINKE fordert, dass die politischen und sozialen Verpflichtungen des Staates gegenüber seiner Bevölkerung als vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Gläubiger anzusehen sind. Wir schlagen vor, dass sich die EU-Länder dazu verpflichten, bei staatlichen Überschuldungsproblemen nach dem Modell fairer und transparenter Schiedsverfahren vorzugehen. Dabei stellen die Schuldner- und die Gläubigerseite eine gleich große Anzahl von RichterInnen (z.B. jeweils eineN oder zwei) und diese müssen sich auf eine zusätzliche RichterIn einigen. Dieses unparteiische Schiedsgericht entscheidet dann mit Mehrheitsentscheid darüber, auf welche Forderungen die Gläubiger aus Gründen mangelnder Legitimität oder aufgrund mangelnder ökonomischer Leistungsfähigkeit des Schuldners verzichten oder Abschlüsse hinnehmen müssen. In das Verfahren sind alle Gläubiger einzubeziehen und entsprechend ihrer politischen Verantwortung für das Zustandekommen der Überschuldungskrise und entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zu berücksichtigen. Ein wesentlicher Teil des Verfahrens ist die öffentliche Bestandsaufnahme der Überschuldungssituation. Dazu muss unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung in öffentlichen Verhandlungen des Schiedsgerichts bewertet werden, wo Gläubiger z.B. aufgrund von unseriöser Kreditvergabe oder aufgrund spekulativen Anlageverhaltens eine besondere Verantwortung für die Überschuldung tragen.

2.3. Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse

Die Finanzkrise und die gigantischen Summen, die für die Rettung der Banken und die Stützung der Konjunktur in Europa ausgegeben wurden, haben die Staatsfinanzen in Europa massiv belastet. Statt immer neue Risiken und Verluste auf die öffentliche Hand abzuwälzen, kämpft DIE LINKE dafür, dass die Verursacher und Profiteure der Krise für die Kosten geradestehen und zur Kasse gebeten werden. Damit meinen wir einerseits große Finanzkonzerne wie die Deutsche Bank, die wieder Rekordgewinne einstreicht, nachdem sie ihre Schrottpapiere bei anderen Banken und letztlich beim Staat abgeladen hat. Zu den Profiteuren zählen wir aber auch die Reichen und Superreichen, deren Vermögen in den letzten 15 Jahren rasant gewachsen sind, da sie als Aktionäre oder sonstige Geldgeber von den Geschäften der großen Banken und Konzerne profitiert haben.

2.3.1. Beteiligung der Finanzbranche

Der Finanzsektor muss in zweierlei Weise an den Kosten der Finanzkrise beteiligt werden: Zum einen müssen die Banken, Versicherungen und Fonds die Gelder zurückzahlen, die ihnen während der Krise von den SteuerzahlerInnen zur Stützung der Branche bereitgestellt wurden. Zum anderen müssen diese Finanzakteure auf Teile ihrer Forderungen gegenüber staatlichen Schuldnern verzichten.

Aufgrund der Bankenrettung sind auch in Deutschland seit 2008 zusätzliche öffentliche Schulden entstanden, was in erster Linie auf die Auslagerung von Schrottpapieren in diverse Bad Banks zurückzuführen ist. Selbst wenn ein Teil dieser Papiere wieder zu Geld gemacht werden kann, ist absehbar, dass die Allgemeinheit auf Krisenkosten in Milliardenhöhe sitzen bleiben wird.

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen mit dem Ziel, die bisherige, kaum nennenswerte durch eine wirksame Bankenabgabe zu ersetzen. Diese Bankenabgabe soll dazu beitragen, dass die Verursacher der Krise auch für deren Kosten aufkommen. Sie muss so bemessen werden, dass sie große oder stark mit spekulativen Geschäften befasste Finanzinstitute besonders belastet, während Institute, welche am Entstehen der Krise nicht beteiligt waren, geschont werden. Um die Kosten der Krise decken zu können, werden jährliche Einnahmen in Höhe von mindestens 10 Milliarden Euro angestrebt. Zum Vergleich: Allein die Deutsche Bank strebt in diesem Jahr einen Gewinn in Höhe von 10 Milliarden Euro an.

Daneben müssen Banken, Versicherungen und Fonds Verluste als Gläubiger bzw. Investoren hinnehmen. In Insolvenzverfahren sollten sich diese Verluste vor allem nach dem Maß ihrer (Mit-)Verantwortung richten und die Finanzmarktakteure besonders treffen, die unverantwortliche Risiken eingegangen sind und/oder mit spekulativen Finanzprodukten noch zusätzlich an der Krise verdienen wollten (z.B. über

ungedeckte Kreditausfallversicherungen – CDS).

2.3.2. Finanztransaktionsteuer

Um zu verhindern, dass sich Finanzkonzerne an der Spekulation mit Wertpapieren, Rohstoffen, Devisen u.ä. weiterhin eine goldene Nase verdienen können, setzt sich DIE LINKE für eine Finanztransaktionsteuer ein. Diese sollte mit einem Steuersatz von mindestens 0,05 Prozent in der gesamten EU oder notfalls in einer Koalition der Willigen eingeführt werden. Die Einnahmen sollen vor allem zur Bekämpfung der Armut in Entwicklungsländern sowie für ökologische Projekte verwendet werden. Die Steuer trägt damit einerseits zur globalen Umverteilung und zum Umwelt- und Klimaschutz bei, zum anderen erhöht sie die Stabilität der Finanzmärkte, indem sie kurzfristige und gesamtwirtschaftlich nutzlose Spekulation unrentabel macht.

2.3.3. Einmalige europaweite Vermögensabgabe für Millionäre und Multimillionäre

In den letzten dreizehn Jahren hat sich das Geldvermögen der europäischen Millionäre und Multimillionäre verdoppelt – auf knapp 10 Billionen US-Dollar 2010. Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich auch die EU-weite Staatsverschuldung, die in diesem Jahr die Grenze von 10 Billionen Euro überschreiten wird. DIE LINKE ist der Ansicht, dass eine einmalige europaweite Vermögensabgabe nötig ist, um die Krise der Staatsfinanzen in Europa zu überwinden und hoch verschuldeten Staaten wie Griechenland einen fairen Schuldenschnitt zu ermöglichen. Da ein solcher Schuldenschnitt nicht nur private Gläubiger treffen, sondern auch die öffentlichen Haushalte belasten würde (über Abschreibungen der EZB, Rekapitalisierung von Banken u.a.), braucht man eine Vermögensabgabe, damit die drückende Schuldenlast in Europa nicht nur umverteilt, sondern tatsächlich verringert werden kann. Eine deutliche Reduzierung der Ansprüche großer Vermögensbesitzer ist aber auch nötig, damit endlich die Luft aus den Vermögenspreisblasen entweicht und wir nicht ständig von einer spekulationsgetriebenen Krise in die nächste stolpern.

2.4. Finanzmärkte an die Kette und Banken vergesellschaften

Ergänzend müssen Maßnahmen zur strengen Regulierung der Finanzmärkte ergriffen werden.

Zum einen müssen schädliche Spekulationsinstrumente verboten werden. Dazu gehören insbesondere Leerverkäufe und ungedeckte Kreditausfallversicherungen (CDS). Letztere haben sich als beliebtes Instrument zur Spekulation auf Staatspleiten erwiesen und die Krise verschärft. Grundsätzlich sollen Finanzinstrumente eine explizite Zulassung durch einen Finanz-TÜV benötigen und nur nach eingehender Prüfung, Bewertung und Freigabe in Umlauf gebracht werden. Diese Umkehr der Beweislast bedeutet eine drastische Abkehr von der bisherigen Laissez-faire-Politik. Darüber hinaus muss der weitgehend unkontrollierte und intransparente außerbörsliche Handel mit Wertpapieren (OTC-Handel) verboten werden.

Finanzakteure sollen Forderungen nicht einfach verbrieften und wie heiße Kartoffeln an andere Akteure weiterreichen. Um die sorgfältige Bewertung von Risiken zu fördern, müssen Verbriefungen für das emittierende Institut in Zukunft mit einem Selbstbehalt von mindestens 20 Prozent des verbrieften Volumens verbunden sein. Banken soll untersagt werden, Wertpapiergeschäfte im Eigenhandel zu betreiben, d.h. auf eigene Rechnung und mit billig bereit gestelltem Zentralbankgeld. Dies reduziert die Systemrelevanz.

Jahrelang galten europäische Staatsanleihen generell als sicher. Im Widerspruch dazu gelten im Lauf der Krise auf einmal einzelne Staaten als Pleitekandidaten. Die Ratingagenturen sind dieser Markteinschätzung lediglich hinterhergelaufen. Sie besitzen keine Kompetenz und keine Legitimation, um den Daumen über einem verschuldeten Land zu senken. Zum einen muss verhindert werden, dass private Ratings durch gesetzliche Vorschriften einen offiziellen Charakter zugeschrieben bekommen. Zum anderen muss als Korrektiv zu den drei großen amerikanischen Ratingagenturen eine öffentliche europäische Ratingagentur geschaffen werden.

Institutionelle Eingriffe sind auch an anderen Stellen nötig. Hedge Fonds und Private Equity Fonds sind europaweit schlicht zu verbieten und ihren Geschäftsmodellen ist generell durch massive Verteuerung der Kapitalaufnahme die Grundlage zu entziehen. Schattenbanken müssen geschlossen und Steueroasen ausgetrocknet werden. Auf Banken kann in einer modernen Volkswirtschaft nicht verzichtet werden – trotzdem und gerade deswegen ist eine grundlegende Neuordnung des Bankensektors erforderlich. Eine Stärkung des Eigenkapitals führt zwar zu einer graduellen Verbesserung, ist aber angesichts der verfehlten Geschäftspolitik der meisten Privat- und Landesbanken eine unzureichende Maßnahme.

Banken müssen sich wieder auf ihre Kernfunktionen konzentrieren: der Organisation des Zahlungsverkehrs, das Einlagengeschäft mit einfachen und sicheren Möglichkeiten der Ersparnisbildung und die Finanzierung von gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvollen Investitionen. Alle darüber hinausgehenden Geschäftstätigkeiten müssen drastisch beschnitten werden.

Darüber hinaus strebt DIE LINKE grundsätzlich die Vergesellschaftung der privaten Großbanken und Finanzunternehmen, deren spekulative und riskante Geschäfte die Krise verschärft haben, sowie eine Neuordnung des Bankensektors an. Privatbanken sollen in einem Prozess der Vergesellschaftung zurechtgestutzt und unter öffentliche Kontrolle gebracht werden. Der Bankensektor ist auf eine genossenschaftliche und eine öffentlich-rechtlichen Säule zu konsolidieren. Banken mit Aktivitäten in Steueroasen ist die Banklizenz zu entziehen.

Die nationalen und europäischen Aufsichtsstrukturen müssen deutlich gestärkt und erweitert werden. Die Bankenaufsicht muss mit harten Durchgriffsrechten ausgestattet werden. Ein besonders wichtiger Aspekt ist auch die Stärkung der Überwachung der Systemstabilität des Finanzsektors.

Zusätzlich muss die EZB Vermögenspreisblasen gezielt bekämpfen, etwa durch selektive Verteuerung von Krediten mittels Nutzung wirksamer geldpolitischer Instrumente.

2.5.Ursachen der Krise beseitigen

2.5.1.Lohn- und Sozialdumping beenden

Wer einen Weg aus der Krise finden will, muss dem deutschen Lohn- und Sozialdumping ein Ende setzen. An die Stelle von Minijobs und Leiharbeit müssen wieder anständig bezahlte Arbeitsverhältnisse treten, die ein unabhängiges Leben in Würde ermöglichen. DIE LINKE streitet für die sofortige Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde und für die Erhöhung der Hartz IV-Sätze auf 500 Euro im Monat. Dies ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten sowie der Arbeitslosen in Deutschland, sondern nutzt der Bevölkerung in ganz Europa. Denn höhere Löhne in Deutschland reduzieren den Druck auf die Löhne in anderen EU-Staaten und verhindern damit, dass die Schere zwischen armen und reichen EU-Staaten immer weiter auseinandergeht.

2.5.2.Für eine europäische Ausgleichsunion

In anderen EU-Ländern hat man längst erkannt, dass die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden müssen, wenn die Eurozone nicht auseinanderbrechen soll. Ein Abbau dieser Ungleichgewichte ist ohne Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung jedoch nur möglich, wenn Länder mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen ihre Binnenwirtschaft stärken und mehr importieren. Auf europäischer Ebene setzt sich DIE LINKE daher für eine Ausgleichsunion ein, die dafür sorgt, dass hohe Leistungsbilanzüberschüsse mit Sanktionen belegt werden. Bei kurzfristigen Leistungsbilanzungleichgewichten von mehr als drei Prozent des BIP und bei längerfristig angesammelten Leistungsbilanzungleichgewichten von mehr als 12,5 Prozent des BIP sollen automatisch eskalierende Strafgebühren fällig werden. Ferner müssen Regierungen mit Ungleichgewichten öffentlich darlegen und begründen, welche Korrekturmaßnahmen sie ergreifen werden. Die Einnahmen aus den Strafgebühren sollten in einen Struktur- und Kohäsionsfonds fließen, aus dem Maßnahmen zum Leistungsbilanzausgleich, zur Erhöhung der Produktivität und zur Förderung des sozialökologischen

Strukturwandels finanziert werden.

2.5.3.EU-weite Mindestbesteuerung von Unternehmen und Vermögen

Schon lange vor der Krise haben Steuersenkungen für Reiche und Konzerne dafür gesorgt, dass die Basis einer stabilen und langfristigen Finanzierung staatlicher Ausgaben untergraben wurde. Die Vermögensteuer wurde in vielen Ländern aufgeweicht oder ganz ausgesetzt; Unternehmenssteuern und Spitzensteuersätze gesenkt. Um die europäischen Staatsfinanzen auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen, muss dieses EU-weite Steerdumping begrenzt werden. Das Steueraufkommen auf Gewinne und Vermögen muss steigen! DIE LINKE fordert daher eine europäische Mindestbesteuerung von Unternehmen und Vermögen auf hohem Niveau.

2.5.4.Millionärsteuer ist die beste Schuldenbremse

DIE LINKE ist der Ansicht, dass wir in Europa nur dann glaubhaft für Mindeststeuern streiten können, wenn Deutschland als stärkste Volkswirtschaft mit gutem Beispiel vorangeht. Statt den anderen EU-Staaten eine sinnlose und gefährliche Schuldenbremse aufzuzwingen, sollte die Bundesregierung eine Millionärsteuer von fünf Prozent auf Vermögen über einer Million Euro einführen. Darüber hinaus fordern wir, dass hohes Einkommen stärker besteuert und Steuerflucht effektiver bekämpft wird.

3. Langfristig Europa auf neue Vertragsgrundlage stellen

Die in der EU herrschende Politik trägt eine wesentliche Mitverantwortung, sowohl an der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten achtzig Jahre als auch an der aktuellen „Eurokrise“. Die Politik des freien Wettbewerbs, der unkontrollierten Finanzströme, der Schaffung liberalisierter Finanzdienstleistungen und die faktische Privatisierung immer weiterer Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge haben die Umverteilung von unten nach oben weiter vorangetrieben, die Beschäftigten in den Mitgliedstaaten enteignet und gegeneinander ausgespielt. Wachsende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Armut prägen immer mehr das Gesicht der EU.

Der Vertrag von Lissabon zementiert und verschärft diese Politik und kann somit keine Grundlage für eine taugliche Anti-Krisenpolitik sein. Im Gegenteil: Sein rechtlicher Rahmen setzt die Politik auf eine Spur, die die Krise weiter vertiefen wird. Dass der „Europakt +“ und besonders der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ (ESM) außerhalb der Verträge angesiedelt werden sollen, ändert nichts an dieser Tatsache. Darüber hinaus zielt die Auslagerung des ESM aus dem Vertragswerk darauf ab, dass selbst die geringen parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten, die der „Lissabon-Vertrag“ vorsieht, in Zukunft umgangen werden können.

Die Skepsis der Bevölkerung gegenüber der europäischen Integration wächst. Rechtspopulisten und Neofaschisten nutzen dies, um von den wirklichen Ursachen der Krise abzulenken. Die soziale Frage hingegen wird kaum noch gestellt. Für DIE LINKE ist in Anlehnung an Rosa Luxemburg klar: Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten. Deshalb stellt DIE LINKE diesen Entwicklungen in Europa ein klares emanzipatorisches und antikapitalistisches Projekt entgegen.

Die EU ist nur sozial, friedlich und demokratisch zukunftsfähig. Das bedeutet: Die EU braucht endlich eine Verfassung, die mit dem neoliberalen und undemokratischen Primärrecht bricht. Kernbestandteile sind eine Demokratisierung der europäischen Entscheidungsverfahren, die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel, die den sozialen Rechten Vorrang vor den Kapitalfreiheiten einräumt, eine veränderte Wirtschaftspolitik (u.a. eine demokratische Kontrolle der EZB, eine Ersetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und die Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen) sowie die Schaffung einer Friedensunion. An der Ausarbeitung einer neuen europäischen Verfassung sind die Bürgerinnen und

Bürger der Mitgliedstaaten zu beteiligen, am Ende muss diese durch eine Volksabstimmung in den Mitgliedstaaten angenommen werden.